Deutscher Bundestag **Drucksache 15/5874**

15. Wahlperiode 29. 06. 2005

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Hellmut Königshaus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/5259 –

Die Chancen der jungen Generation in Deutschland durch Bildung und Ausbildung verbessern

A. Problem

Hohes Einkommen und soziale Sicherheit sind nach Auffassung der Antragsteller abhängig von einer hohen Wertschöpfung der Wirtschaft und von einem hohen Bildungs- und Ausbildungsniveau der Bevölkerung. Ein hervorragendes Bildungswesen auf allen Ebenen ist die Grundlage für die Berufs- und Lebenschancen der jungen Generation.

Die große Zahl der Ausbildungsabbrecher und der jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss, das schlechte Abschneiden der Schülerinnen und Schüler in den internationalen Schulleistungstests TIMSS und PISA, eine übermäßige Bürokratie auf allen Bildungsebenen sowie mangelnde Autonomie und Wettbewerbsfähigkeit von Schulen und Universitäten werden als Anzeichen und Alarmsignal dafür gewertet, dass Bildung und Forschung ihre Bedeutung für die Lebenschancen der Menschen in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland verlieren.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Abstimmung und Kooperation mit den Ländern, den Spitzenverbänden der Kommunen, der Freien Wohlfahrtspflege, der Wissenschaft und relevanten gesellschaftlichen Gruppen auf die Verbesserung der Chancen der jungen Generation durch Bildung und Ausbildung hinzuwirken. Das Maßnahmenbündel umfasst die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erziehung, frühere Einschulung der Kinder und Reformierung der Lehrerausbildung, Fortsetzung der Reform der beruflichen Bildung, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen und Weiterentwicklung des lebenslangen Lernens.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/5259.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/5259 – abzulehnen.

Berlin, den 20. April 2005

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Cornelia Pieper Vorsitzende	**Dr. Ernst Dieter Rossmann** Berichterstatter	**Uwe Schummer** Berichterstatter
	Grietje Bettin Berichterstatterin	**Ulrike Flach** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, Uwe Schummer, Grietje Bettin und Ulrike Flach

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/5259 in seiner 169. Sitzung am 14. April 2005 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit und an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der FDP sieht ein hohes Einkommen und soziale Sicherheit in Abhängigkeit von einer hohen Wertschöpfung der Wirtschaft und von einem hohen Bildungs- und Ausbildungsniveau der Bevölkerung in Deutschland. Ein hervorragendes Bildungswesen auf den Ebenen der frühkindlichen Bildung und Erziehung, der Schul- und Hochschulbildung, der beruflichen Bildung und des lebenslangen Lernens ist nach Auffassung der Antragsteller auch Grundlage für die Berufs- und Lebenschancen der jungen Generation.

Die große Zahl der Ausbildungsabbrecher und der jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss, das schlechte Abschneiden der Schülerinnen und Schüler in den internationalen Schulleistungstests TIMSS und PISA, eine übermäßige Bürokratie auf allen Bildungsebenen sowie mangelnde Autonomie und Wettbewerbsfähigkeit von Schulen und Universitäten werden als Anzeichen und Alarmsignal dafür gewertet, dass Bildung und Forschung ihre Bedeutung für die Lebenschancen der Menschen in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland verlieren.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, in Abstimmung und Kooperation mit den Ländern, den Spitzenverbänden der Kommunen, der Freien Wohlfahrtspflege, der Wissenschaft und relevanten gesellschaftlichen Gruppen auf die Verbesserung der Chancen der jungen Generation durch Bildung und Ausbildung hinzuwirken.

Das Maßnahmenbündel umfasst u. a. die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erziehung durch Akkreditierung bzw. Zertifizierung und Evaluierung der Bildungseinrichtungen sowie Sprachförderung auf der Grundlage von Sprachtests. Ferner sollen die Bedingungen für eine frühere Einschulung der Kinder geschaffen und die Reformierung der Lehrerausbildung vorangetrieben werden.

Es wird gefordert, die Reform der beruflichen Bildung im Sinne der Flexibilisierung, Deregulierung und Modularisierung voranzutreiben. Eine Ausbildungsplatzabgabe wird abgelehnt.

Die Bildungsforschung solle sich des Problemfelds verstärkt annehmen und vor allem den Zusammenhang von Bildungsarmut und ökonomischer Armut analysieren. Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert geeignete Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen und Weiterentwicklung des lebenslangen Lernens zu ergreifen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/5259 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 58. Sitzung am 20. April 2005 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/5259 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird die Forderung nach einer frühen Förderung der Kinder, der Sprachstandserhebung und des kostenlosen Kindergartenbesuchs positiv bewertet.

Der Antrag weise auf die vielen jungen Menschen hin, die ihre Ausbildung abbrächen. Dagegen müsse ein wirksames Konzept entwickelt werden. Eine Möglichkeit sei bisher in einer angemessenen Berufsberatung gesehen worden, um jungen Menschen eine Orientierung zu geben. Die Bundesregierung wird gebeten zu erläutern, ob die Bundesagentur für Arbeit beabsichtige, sich aus der Berufsberatung zurückzuziehen. Die wäre eine fatale Fehlentwicklung. Berufsberatung sei unverzichtbar. Sie müsse als Basisangebot für alle im Vorfeld von Berufsbildungsentscheidungen angeboten werden und verhindere Ausbildungsabbrüche.

Im Antrag der Fraktion der FDP werde ausgeführt, dass die Zahl der jungen Menschen, die das Arbeitslosengeld II erhielten, größer geworden sei. Das liege daran, dass jetzt junge Menschen in der Statistik erscheinen wüden, die bisher dort nicht erfasst worden seien. Dies müsse im nächsten Berufsbildungsbericht berücksichtigt werden.

Es werde begrüßt, dass im Zuge der Bildungsberichterstattung Ende des Jahres 2005 u. a. Schwerpunkte auf die Migration und die Bildungsarmut gesetzt würden.

Es wird betont, dass die anstehenden Probleme von allen Verantwortlichen gemeinsam gelöst werden müssten, sonst würden die Hartz-Gesetze ins Leere laufen.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird darauf hingewiesen, dass von mehr Zukunftschancen der jungen Generation nicht die Rede sein könne, sondern dass die Zahl von 665 000 Arbeitslosen unter 25 Jahren der Höchststand der Jugendarbeitslosigkeit seit März 1949 sei. 1,3 Millionen Schulabgänger bis 29 Jahren hätten keine Berufsausbildung. Jedes Jahr „produziere“ das Bildungssystem in Deutschland 100 000 junge Menschen ohne eine berufliche Perspektive.

Daher müssten die Bedingungen für Zukunftschancen neu entwickelt werden. Dies setze aber eine Änderung der Bildungspolitik voraus. Der Armutsbericht der Bundesregierung stelle fest, dass das Armutsrisiko in Deutschland 1998 von etwa 12,1 Prozent auf 13,9 Prozent angewachsen sei. Eine Änderung der aktuellen Politik sei zwingend erforderlich. Der Aus- und Umbau von Kindertagesstätten dürfe nicht von dem Geld finanziert werden, das bei der Umsetzung der Hartz-Gesetze und des Arbeitslosengeldes II übrig bleibe.

Bei der Reform der Berufsausbildung müsse beobachtet werden, wie sich das neue Recht auswirke. Es fehlten zurzeit 159 000 Ausbildungsstätten.

Ein entscheidendes Thema sei das Vergabeverfahren. Es gebe kein verlässliches Ausschreibungsverfahren bei Berufsvorbereitungsmaßnahmen. Der Antrag der Fraktion der FDP enthalte viele gemeinsame Positionen, so dass ihm zugestimmt werden könne.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN** wird die Hoffnung ausgedrückt, den Jugendlichen in Deutschland durch gemeinsame Anstrengungen wieder eine Zukunftschance geben zu können. Es sei deshalb ein klares Ziel der Fraktion, betriebliche Ausbildungen voranzubringen und möglichst viele Jugendliche daran teilhaben zu lassen.

Man teile die Kritik der Fraktion der SPD an den Aktivitäten der Bundesanstalt für Arbeit im Bereich der Berufsberatung.

Der Bedeutung der frühkindlichen Bildung, die im Antrag der Fraktion der FDP hervorgehoben werde und der Notwendigkeit der Akkreditierung und Zertifizierung von Kitas werde zugestimmt.

Dissens bestehe aber in der Frage der Deregulierung der betrieblichen Ausbildung und der Vergütung. Mehr Forschung in allen Bildungsbereichen unter Einbeziehung von Bildungsarmut und Bildungsreichtum werde bereits betrieben. Dissens gebe es auch in der Auffassung der Hochschulautonomie. Die Frage sei, wie weit die Deregulierung gehen solle.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird festgestellt, dass über die große Bedeutung der vorschulischen Bildung ein weitgehender Konsens bestehe. Es müsse gelingen, Kinder früh qualitativ zu fördern.

Im Gegensatz zur Auffassung der anderen Fraktionen sei die Fraktion der FDP der Ansicht, dass man in der Berufsbildung deregulieren müsse. Man hoffe, dass es gelinge, zweijährige Ausbildungsberufe zu schaffen.

Die Bildungsforschung sei im Hinblick auf die Bildungsarmut in der Vergangenheit ins Blickfeld genommen worden. Bildungsarmut sei ein Grund für wirkliche Armut in Deutschland. Daher sei es positiv, dass man jetzt aktiv werde.

Es wird auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zum Thema „Berufsberatung“ hingewiesen. Die Fraktion der FDP sei der Auffassung, dass sich die Bundesagentur für Arbeit nicht zwangsläufig mit Berufsberatung befassen müsse.

Man habe positiv zur Kenntnis genommen, dass das Bundeskabinett am 27. April 2005 den Weiterbildungsbericht behandeln werde. Es wird für zielführend gehalten, wenn die Fraktionen zusammen versuchen würden, einen gemeinsamen Weg zu finden.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird auf die angebliche Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit eingegangen. Seit Beginn des Jahres 2005 würden 150 000 junge Menschen in der Statistik erfasst, die vorher nicht berücksichtigt worden seien. In dieser Größenordnung sei auch die bevorstehende Aufgabe gewachsen, denn nach dem SGB II müssten den jungen Leuten Angebote gemacht werden. Der Hinweis aus der Fraktion der SPD, dass zu wenig über diese jungen Menschen bekannt sei, sei wichtig. Deren Situation müsse analysiert werden, bevor die richtigen Instrumente eingesetzt werden könnten.

Es wird darauf hingewiesen, dass durch SGB III und SGB II mit 7 Mrd. Euro mehr als je zuvor für die Förderung junger Menschen vorhanden sei. Die Bundesagentur für Arbeit habe zusammen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit ein Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aufgestellt, um bis Ende 2005 die Dauer der Arbeitslosigkeit auf unter drei Monate zu drücken. Dies sei eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Gelinge dies nicht, würden die Investitionen für den Ausgleich des Fachkräftemangel wesentlich teurer als das derzeitige Engagement.

Berufsberatung sei wichtig, und Abgrenzungsprobleme zwischen SGB II- und SGB III-Zuständigkeiten müssten gelöst werden. Es dürfe nicht sein, dass keine Berufsberatung mehr stattfinde. Gerade bei den Jugendlichen, die Anfang des Jahres in die Statistik aufgenommen worden seien, sei der Beratungsbedarf besonders groß.

Beim Ausbildungspakt seien die Herausforderungen größer als im letzten Jahr. Daher solle der Schnittstelle zwischen Schule und Betrieb besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das BMBF versuche mit seinen Möglichkeiten, die Situation zu verbessern. Es trete auch an Betriebe ausländischer Herkunft heran, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen könnten. Die Bereitschaft in der Wirtschaft sei derzeit groß. Bei allen Diskussionen dürfe aber nicht vergessen werden, dass gemeinsam vereinbart worden sei, junge Menschen aus der Sozialhilfe herauszuholen und anspruchsberechtigt zu machen.

Berlin, den 20. April 2005

Dr. Ernst Dieter Rossmann	**Uwe Schummer**	**Grietje Bettin**	**Ulrike Flach**
Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333